

NRW: Der Koalitionsvertrag von CDU und FDP ist da

Beitrag von „Lord Voldemort“ vom 16. Juni 2017 18:51

Wie die meisten mitbekommen haben werden, bekommt NRW nach der Wahl eine neue Regierung, bestehend aus einer Koalition von CDU und FDP. Ich würde hier gerne ein wenig den Koalitionsvertrag mit euch diskutieren, weil mich interessiert, was ihr so darüber denkt 😊 .

Hier mal ein paar Punkte aus dem Koalitionsvertrag: https://www.cdu-nrw.de/sites/default/...lition_2017.pdf

"Neben vielfältigeren religiösen Bekenntnissen ist auch die Anzahl der Familien ohnekonfessionelle Bindung angewachsen. Daher werden wir Ethikunterricht an Grundschulen ermöglichen."

"Das Gymnasium darf nicht weiter benachteiligt werden. Wir werden den Bildungsauftrag der Gymnasien stärken. Das Ziel ist die vollumfängliche Studierfähigkeit der Abiturientinnen und Abiturienten. Hierzu werden wir die MINT-Fächer stärken und den Ausbau der Kooperationen mit den Hochschulen des Landes und denen des benachbarten Auslands vorantreiben."

"Christdemokraten und Freie Demokraten nehmen in der Frage G8 oder G9 zur Kenntnis, dass der überwiegende Teil der Schüler- und Elternschaft der Gymnasien G9 favorisiert. Daher wird als Leitentscheidung ab dem Schuljahr 2019/2020 an den Gymnasien der neunjährige Bildungsgang (G9) eingeführt. Zukünftig wird G9 sowohl an

12

Ganztagsgymnasien, aber auch als Halbtagsangebot möglich sein. Demgegenüberwünscht ein ebenfalls ernst zu nehmender Anteil von Schülerinnen und Schülern, von Eltern und Schulleitungen G8. Für Gymnasien, die beim achtjährigen Bildungsgang verbleiben wollen, wird eine unbürokratische Entscheidungsmöglichkeit für G8 eröffnet. Alle Gymnasien werden zusätzlich gestärkt. So wird die Benachteiligung der Gymnasien beendet und der Umstellungsprozess auf G9 bestmöglich gestaltet. Ebenso erhalten diejenigen Gymnasien, die die Wahlfreiheit für G8 nutzen wollen, eine zusätzliche Unterstützung, um dieses G8 qualitativ hochwertig umsetzen zu können."

"Zur Sicherung der Qualität des Unterrichts unter den Bedingungen schulischer Inklusion werden wir verbindliche Qualitätsstandards setzen. Voraussetzung für die Bildung von inklusiven Lerngruppen an allgemeinen Schulen ist fortan die Erfüllung und Sicherung dieser Qualitätsstandards. Um den Wünschen vieler Eltern nach qualitativ hochwertigen inklusiven Angeboten an allgemeinen Schulen zu entsprechen, werden wir mit einer konzeptionellen Neuausrichtung und in Absprache mit den Schulträgern verstärkt Schwerpunktschulen für den gezielten Einsatz von Ressourcen bilden." **Die Inklusion wird auch anderen Quellen nach**

wohl ersteinmal gestoppt und die Rolle der Förderschulen gestärkt. Die Inklusion wird voerst begraben, was ich sehr begrüße.

Insgesamt wird die Schulpolitik logischerweise konservativer, insbesondere im Bereich Inklusion und G9/Gymnasien.

Was denkt ihr über die Entwicklung bzw. diese Pläne? Was denkt ihr über den geplanten Umgang mit der Inklusionspolitik?

Beitrag von „kodi“ vom 16. Juni 2017 19:02

[Zitat von Lord Voldemort](#)

Insgesamt wird die Schulpolitik logischerweise konservativer, insbesondere im Bereich [...] G9/Gymnasien.

Ich musste etwas schmunzeln, denn G8 war ja schwarz-gelbes Vorzeigeprojekt in ihrer letzten Regierungszeit.

Beitrag von „Lord Voldemort“ vom 16. Juni 2017 19:05

[Zitat von kodi](#)

Ich musste etwas schmunzeln, denn G8 war ja schwarz-gelbes Vorzeigeprojekt in ihrer letzten Regierungszeit.

Stimmt, hatte ich ganz vergessen 😎

Beitrag von „Yummi“ vom 16. Juni 2017 20:11

Naja, wenn MINT-Fächer generell stärkere Gewichtung erfahren wäre das schon mal eine richtige Entwicklung.

Beitrag von „Finchen“ vom 16. Juni 2017 20:38

Ich bin sehr froh darüber, dass G9 zurück kommt.

Beitrag von „kodi“ vom 16. Juni 2017 20:40

Da du gefragt hast, habe ich die Vereinbarung mal (in Teilen überspitzt) übersetzt/kommentiert:

Teil 1:

Zitat

SCHULE

Unser Anspruch an die Leistungsfähigkeit der Schulen ist hoch, weil auch die Herausforderungen, denen sich junge Menschen im (Berufs-)Leben stellen müssen, kontinuierlich wachsen. Dazu gehört etwa eine immer höhere Erwartung an das Erlernen von Fremdsprachen, von mathematisch-naturwissenschaftlichen und technischen Fächern ebenso wie der kompetente Umgang mit digitalen Medien.

Wie müssen überall besser werden.

Schulen sind der wichtigste Bildungsort im sozialen Raum. Mehr Öffnung nach außen, mehr Gestaltungsfreiheiten, eine bessere Einbindung und Vernetzung mit unterschiedlichen Berufsfeldern und Institutionen von der frühkindlichen Bildung über die Jugendhilfe bis zu außerschulischen Partnern können einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssteigerung in den Schulen leisten.

Wir wollen die Schulentwicklungsplanung begleiten und so neue Konzepte für „beste Bildung“ in der Abhängigkeit vom jeweiligen Sozialraum umsetzen.

Begleiten = Die Schule macht die Arbeit, die Politik hält höchstens mal das

Gesicht ins Foto.

8

Eine umfassende bauliche Modernisierung unserer Schulen ist von ganz besonderer Bedeutung.

Es gibt Aufträge für unsere Freunde vom Bau.

Wir brauchen zudem die am besten ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer, engagierte Eltern, technisch gut ausgestattete Schulen, mehr Autonomie für die Schulen vor Ort und exzellente Leuchtturmprojekte, die auf die Qualitätsentwicklung aller Schulen eine positive Wirkung entfalten.

Wir brauchen ein paar Vorzeigeschulen, die gut ausgestattet sind.

Die Modernisierung und Weiterentwicklung unserer Schulen und Schulgebäude wird Zeit in Anspruch nehmen und kann nur in Schritten erfolgen. Umso wichtiger ist es, dass wir unverzüglich damit beginnen.

Die Bauaufträge beginnen sofort, aber es ist nicht zu erwarten, dass alle Schulen saniert werden.

Bildungschancen müssen überall in Deutschland und für alle Kinder gleichermaßen zugänglich und unabhängig von der sozialen Herkunft sein. Gerade in Zeiten großer gesamtgesellschaftlicher und bildungspolitischer Herausforderungen wie der Inklusion und der Integration sind erhebliche finanzielle Ressourcen erforderlich.

Die Bildungschancen stehen unter Finanzierungsvorbehalt.

Notwendig ist eine gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung unter Beteiligung der Kommunen und der Länder sowie des Bundes. Alle gesetzlichen Hürden, die einer solchen gesamtgesellschaftlichen Kraftanstrengung im Wege stehen, müssen beseitigt werden mit dem Ziel, im föderalen Aufbau unseres Landes wieder neue Kooperationsmöglichkeiten zu schaffen, die wir für die Gesamtfinanzierung unseres Bildungssystems nutzen wollen.

Wenn Verbesserungen nicht klappen, sind Kommunen, Bund und die Gesellschaft schuld.

Unterrichtsgarantie und Lehrerversorgung

Unterrichtsausfall trifft vor allem die Schülerinnen und Schüler, die keine Unterstützung durch ihr Elternhaus in Form von Nachhilfe oder anderen Stützen erfahren. Wir wollen den Unterrichtsausfall mit allen Mitteln abbauen.

Es gibt mehr Vertetungsstunden. Mit allen Mitteln = Qualität steht vermutlich nicht im Vordergrund.

Um für unsere Schülerinnen und Schüler eine bestmögliche individuelle Förderung zu erreichen, werden wir die Erteilung des Unterrichts im Rahmen einer Unterrichtsga-

rantie sichern und hierzu die Lehrerversorgung an unseren Schulen spürbar verbessern.

Mehr Überstunden, mehr Seiteneinsteiger, mehr Vertretungslehrer ohne Abschluss oder etwa mehr Lehrerstellen?

Ausgangspunkt der Bekämpfung des Unterrichtsausfalls kann nur eine genaue Erfassung sein. Zum nächstmöglichen Zeitpunkt werden wir eine digitale und schulscharfe Erfassung des Unterrichtsausfalls einführen.

Verwaltungsanteil erhöht sich. Noch mehr Statistiken führen, statt Schüler unterrichten.

Hierfür werden wir eine transparente Definition von Unterrichtsausfall festlegen.

Im Notfall definieren wir den Ausfall weg.

Die von der Vorgängerregierung für die nächsten Jahre in der mittelfristigen Finanzplanung mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ vorgesehenen Lehrerstellen werden wir nicht streichen, um die personelle Ausstattung der Schulen zu sichern und zu verbessern.

Gute Nachricht! Wie viele Stellen sind das?

Vor allem fachspezifische Nachbesetzungen sollen so ermöglicht werden.

Wo kommen die Lehrer in den Mangelfächern her?

Mittelfristig streben wir eine 105-prozentige Lehrerversorgung an, vordringlich an den Grundschulen.

Mittelgroße Grundschule mit 12 Kollegen = 0,6 Stellen zusätzlich. Es darf nur ein halber Lehrer krank sein pro Tag. Das ist besser als nix, aber wird nicht viel auffangen.

Wir wollen die Klassengrößen schrittweise reduzieren und die Schüler-Lehrer-Relation verbessern.

Gute Idee! Für welche Schulformen und was sind die genauen Zahlen?

Um die Schulen bei den vielfältigen sozialen Herausforderungen zu unterstützen, werden wir den Einsatz multiprofessioneller Teams ausbauen.

Wer sind außer Lehrern die anderen Beteiligten in multiprofessionellen Teams? Bekommen die feste Stellen oder werden die weiter mit niedrig bezahlten und stark fluktuierenden Zeitverträgen beschäftigt?

Um Gestaltungsmöglichkeiten zu erweitern, werden wir ein Programm der offenen Schule schaffen. Schulen sollen so vermehrt Persönlichkeiten aus der beruflichen und

akademischen Praxis in den Unterricht einbeziehen können. Dafür sollen unbürokratisch ergänzende Möglichkeiten für den ehrenamtlichen Einsatz oder die temporäre Beschäftigung sogenannter Praxis-Lehrer geschaffen werden. Wir wollen Programme wie zum Beispiel „Teach First“ ausbauen.

Fachkräfte interessieren uns nicht. Wir füllen Lücken mit jedem auf, der möchte.

Gleichzeitig werden wir den pädagogisch begleiteten Seiteneinstieg sowie das Anwerben ausländischer Lehrkräfte stärker fördern und die pädagogische Konzeption für den Seiteneinstieg weiterentwickeln.

Wir setzen auf Seiteneinsteiger statt auf studierte Lehrer.

Gute Bedingungen für unsere Lehrkräfte

Wir werden Maßnahmen zur besseren Besetzung von Schulleitungspositionen ergreifen. Hierzu zählen zum Beispiel Jobsharing und frühzeitiges Mentoring oder auch Fortbildungen zur Unterstützung beim Führungshandeln.

Jobsharing = noch mehr Schulverbünde?

Fortbildung zum Führungshandeln? Wir wäre es mit konsequenter Unterstützung der Schulleiter durch die Schulaufsicht bei Problemen?

Zudem werden wir unter anderem die bei der letzten Besoldungserhöhung übergangenen Stellvertreterfunktionen entsprechend berücksichtigen.

Gut!

Wir wollen die Attraktivität des Lehrerberufs generell wieder steigern. Unsere Lehrerinnen und Lehrer bereiten unsere Kinder auf die Zukunft vor und leisten hierzu enorme Anstrengungen. Deshalb verdient der Lehrerberuf höchste gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung.

Die wird sicher steigen, wenn man die Stellen mit Fachfremden und Seiteneinsteigern füllt und die Unterrichtsbedingungen nicht verbessert.

Zur weiteren Entlastung wollen wir die Berichts- und Dokumentationspflichten für Lehrerinnen und Lehrer zurückführen und vereinfachen. Eine Entbürokratisierung soll auch unter Prüfung der Arbeitsbelastung der Lehrkräfte erfolgen.

Was genau ist das konkret und wer erfasst die Arbeitszeiten?

Die Schulen sollen verstärkt durch Schulverwaltungsassistenten unterstützt werden. Diesen sollen auch Aufstiegsmöglichkeiten eröffnet werden.

Geht das aus dem Lehrerstellenkontingent der Schulen?

Um qualitativ hochwertigen Unterricht für Lehrkräfte zu ermöglichen, müssen auch die Instrumente zur Unterstützung der Qualitätsentwicklung weiterentwickelt werden. Wir werden die Aufgabenstellung des Landesinstituts für Schule „QUA-LiS“ überprüfen. Es wird eine „Clearingstelle“ für evidenzbasierte [Pädagogik](#) geschaffen.

Eine Clearingstelle um die Qualität der Forschungsergebnisse der didaktischen und pädagogischen Forschungsergebnisse zu prüfen? Gute Idee, aber sollte die Forschung nicht eigentlich immer evidenzbasierte Ergebnisse liefern? Läuft da nicht eher was an den Unis schief?

Um mehr Transparenz zu schaffen, werden die Qualitätsberichte und Zielvereinbarungen zukünftig durch die Schulen im Internet veröffentlicht. Die Schulaufsicht wird weiterentwickelt.

Wir geben weiter keine Unterstützung, wir stellen nur Prüfergebnisse ins Netz. Die sind doch eh öffentlich einsehbar, meistens sogar im Netz.

Lehreraus- und Fortbildung

Für besten Unterricht braucht es bestens aus- und fortgebildete Lehrerinnen und Lehrer. Wir werden zur Unterstützung der Lehrkräfte die Lehrerausbildung überarbeiten und die Fortbildung intensivieren.

Wir haben das Ziel, durch die Stärkung der Fachlichkeit an den Schulen die Lehrpraxis wissenschaftlicher zu machen. Parallel dazu muss auch die Wissenschaft der Lehrerausbildung praxisorientierter werden.

Wie soll das gehen, wenn die Mehrheit der Hochschullehrenden keine mehrjährige Erfahrung als Lehrer in einer Schule haben?

Alles anzeigen

Beitrag von „kodi“ vom 16. Juni 2017 20:41

Teil 2:

Zitat

Der Stellenwert der Lehrerausbildung an den Universitäten soll daher verbessert werden.

Gut! Allerdings klappt das nur, wenn Erfolg der Unis nicht mehr an Drittmittelinwerbung gemessen wird oder den Lehramtsstudiengänge ähnliche Vorteile für die Unis/die Profs eröffnen.

Die Lehrerausbildung wird novelliert und eine Stärkung der Fachlichkeit und der Fachdidaktik in den Fächern umgesetzt.

Was heißt das genau? Was glaubt ihr, was bisher im Studium und in den Fachseminaren gemacht wurde? Gebastelt? O_o

Die erste und die zweite Phase der Lehrerausbildung müssen besser verzahnt werden.

Weshalb wurde dann das Referendariat nicht in den Master integriert?

Wir werden eine Fortbildungsoffensive für Lehrkräfte durchführen, insbesondere zu den Feldern der Inklusion, der Integration und der digitalen Medien.

Fortbildungs ist gut, wenn die Qualität gesichert ist! Fortbildungen im Medienbereich sind auch gut, wenn es die nötige Ausstattung dann auch an den Schulen gibt.

10

Es wird eine Evaluierung und Neustrukturierung der Fortbildungen von Lehrerinnen und Lehrern mit dem Ziel der Nachhaltigkeit und Wirksamkeit im Unterrichtsalltag erfolgen.

Wer überprüft die Wirksamkeit und mit welchen Instrumenten?

Dabei wollen wir eine stärkere Einbeziehung der Universitäten und Fachhochschulen umsetzen sowie neue Wege zur qualitativen Verbesserung der Fortbildungen eröffnen.

Oh nein! Nicht noch mehr Fortbildungsanbieter, die keine Schulerfahrung haben außer der eigenen Schulzeit.

Auch hierzu wollen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen.

Freiheit und Eigenverantwortung für unsere Schulen

Unsere Schulen benötigen mehr Gestaltungsfreiheit, um ihre Kreativität voll entfalten und neue Wege beschreiten zu können. Deshalb werden wir den Schulen mit einem Schulfreiheitsgesetz mehr Freiheit und Eigenverantwortung ermöglichen.

Wir schieben den Schulen die alleinige Verantwortung zu.

Mittel diese auch frei erfüllen zu können versprechen wir nicht.

Wir wollen

den Schulen keine erneute Reform von oben und zusätzliche Belastungen aufbürden, sondern ihnen mehr Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen, damit sie ihre Ideen besser verwirklichen und die erweiterten Handlungsspielräume vor Ort erfolgreich nutzen können.

Schulen machen alles alleine. Vor Ort = keine Verantwortung jenseits der Kommune.

Den Schulen ermöglichen wir so viel stärker, ihre pädagogischen Konzepte auf der Grundlage klarer Qualitätsstandards fortzuentwickeln.

Was ist daran neu?

Wir werden die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer und vor allem der Schulleitungen durch eine grundlegende Bereinigung unnützer und aufwendiger Erlasse entlasten und die Unterstützung bei der Verwaltungsarbeit stärken. Im Rahmen einer Verantwortungsgemeinschaft mit den Lehrerinnen und Lehrern und den Schulleitungen wollen wir unsere Schulen Schritt für Schritt erfolgreicher und besser machen.

Wer ist die Verantwortungsgemeinschaft? Schulleitung und Kollegium?

Dies bedeutet mehr pädagogische Freiheit etwa bei der Bildung von Lerngruppen innerhalb einer Schule, bei Lehrplänen, bei Stundentafeln oder auch beim Verzicht auf Förderpläne.

Förderung ist nicht mehr wichtig. Bei Engpässen kürzen wir den Unterricht, aber die Verantwortung trägt die Schule.

Darüber hinaus werden die Lehrpläne zur Stärkung der Fachlichkeit überarbeitet und deren Kompetenzorientierung neu bewertet.

Alle Schulinternen Lehrpläne sollen neu geschrieben werden?

Auch sollen die Schulen selbst über den Anteil von äußerer und innerer Differenzierung entscheiden können.

...aber nötige Mittel/Stellen dafür kommen woher?

Diese gestärkte pädagogische Freiheit wird in eine gleichzeitige Sicherung verbindlicher Standards sowie der Bildungs- und Erziehungsziele eingebettet.

Schonmal von der Qualitätsanalyse gehört?

Auf freiwilliger Basis soll es den Schulen ermöglicht werden, ihre Personalmaßnahmen eigenständig zu treffen.

Gehört dazu auch, Personal an andere Stellen versetzen zu lassen?

Dazu gehören Entscheidungen über Finanzmittel bei Einstellungen (Freie Personalmittel) oder beim Jobsharing für Schulleitungen. Mehr finanzielle Freiheit soll durch Schritte von Kleinen zu Großen Schulbudgets, durch die Übertragbarkeit und die Möglichkeit für Anspareffekte sowie gegenseitige Deckungsfähigkeit eröffnet werden.

Was heißt das konkret? Ich darf weiter Stellen kapitalisieren und Haushaltsüberschüsse ins neue Jahr übertragen?

Neben der pädagogischen, der personellen und der finanziellen Freiheit werden den Schulen zudem mehr organisatorische Freiheiten eröffnet. Dies kann mehr Freiheit bei

der Gestaltung des Ganztags, beim Wechsel von Trägerschaften und bei der Organisation der Schulgremien (z.B. Schulvorstand) bedeuten oder auch, dass Berufskollegs Bildungsgänge verstärkt selber festlegen können.

Bei Berufsschulen kenne ich mich nicht aus. Was ist am Rest neu?

Wir wollen die Gleichbehandlung aller Schulformen wiederherstellen. Die Benachteiligung von Realschulen und Gymnasien werden wir beenden.

Was heißt das? Gleiche Schüler-Lehrerrelation, gleiche Klassenrichtwerte, gleiche Bezahlung, gleicher Anteil an Aufstiegsstellen, gleiche Unterrichtsverpflichtung?

Zur Sicherung von Schul-

angeboten der Sekundarstufe I im ländlichen Raum können Sekundarschulen genauso wie Realschulen und Gymnasien zweizügig fortgeführt werden. Dabei ist zu prüfen, ob und wie gymnasiale Standards umgesetzt werden.

Ich hoffe doch stark, dass gymnasiale Standards an Bildungseinrichtungen, die das Abitur anbieten auch umgesetzt werden.

11

Wir werden unsere Schulen modern ausstatten und die Schulträger finanziell besser unterstützen.

Ihr stattet gar keine Schulen aus, sondern nur die Schulträger tun das.

Wie stellt ihr sicher, dass mehr Geld auch bei den Schulen ankommt?

Hierzu ist die Schul- und Bildungspauschale zu dynamisieren und bedarfsgerecht anzupassen.

Dynamisierung = Kürzung? Bedarfsgerecht = geschätzter Kürzungsbedarf durch den Finanzminister?

Der notwendige Ausbau der multiprofessionellen Unterstützung ist nicht nur eine wichtige Entlastung der Lehrkräfte, sondern stellt auch eine nachhaltige und intensive soziale Begleitung der Schülerinnen und Schüler sicher. Daher wollen wir eine Stärkung und verlässliche Fortführung der Schulsozialarbeit erreichen und den Ausbau der Schulpsychologie vorantreiben.

Dürfen die dann auch fest angestellt werden oder müssen die weiter auf Niedriglohn-Zeitverträgen je nach Haushaltslage arbeiten?

Wir wollen bei der Aufnahme der Schülerinnen und Schüler die Entscheidungsmöglichkeiten der Schulen aufgrund ihres jeweiligen Bildungsauftrags stärken. Das Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ werden wir evaluieren und an allen Schulformen weiterentwickeln.

Gut, dass das weiter gemacht wird. Wurden die bisherigen Evaluationen auch schon mal gelesen?

Wir wollen Schülerinnen und Schüler besser auf eine selbstbestimmte Lebensgestaltung und einen erfolgreichen Berufseinstieg vorbereiten. Ökonomische Bildung ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Allgemeinbildung. Christdemokraten und Freie Demokraten werden daher an allen weiterführenden Schulen das Schulfach Wirtschaft etablieren, in dem unter anderem Kenntnisse unserer Wirtschaftsordnung ebenso wie Aspekte der Verbraucherbildung vermittelt werden. Zur Ausgestaltung werden wir auf bereits bestehende Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen wie auch aus anderen Bundesländern zurückgreifen und schulische, außerschulische sowie wissenschaftliche Expertise einbinden.

PES/PÖG wurde ja bereits beschlossen. Wird PÖG auch Arbeitnehmerrechte vermitteln oder sich wie in einigen anderen Bundesländern auf die Unternehmerseite konzentrieren?

Wir wollen soziale Nachteile im Bildungsbereich überwinden und Aufstiegschancen für alle eröffnen. Hierzu ergreifen wir für alle Schulen geeignete Maßnahmen.

Damit sind wir erst mal raus und nur die Schulen in der Verantwortung.

Darüber

hinaus werden wir als besondere Maßnahme für unterschiedliche Schulformen mindestens 30 Talent-Schulen – insbesondere mit MINT-Schwerpunkt – mit exzellenter Ausstattung und modernster digitaler Infrastruktur in Stadtteilen mit den größten sozialen Herausforderungen einrichten.

Wir setzen auf Leuchtturmprojekte. Die grundlegende Qualität aller Schulen ist egal.

Hierzu sollen auch privates Engagement aus dem regionalen Umfeld der neuen Talent-Schulen sowie Mittel von Sozial- und Bildungstiftungen zum Einsatz kommen.

Wir lagern einen Teil der Arbeit an private Anbieter aus.

Von diesen Talentschulen erhoffen wir uns, dass sie als Leuchtturmprojekte der schulischen Bildung eine positive Wirkung auf die Qualitätsentwicklung in allen Schulen entfalten.

Alle anderen Schulen sollen das gleiche nur ohne Ausstattung und Unterstützung auch machen.

Wir werden durch Anreizsysteme für Lehrkräfte die Schüler-Lehrer-Relation in sozial schwierigen Stadtteilen verbessern und die Möglichkeiten des Sozialindexes erweitern.

Wie sollen diese Anreize aussehen? Eine gute Schulausstattung, gute Arbeitsbedingungen, sanierte Gebäude, kleine Klassen wären ein schöner Anfang. Nur so als Vorschlag...

Alles anzeigen

Beitrag von „Schantalle“ vom 17. Juni 2017 10:22

Danke für die Übersetzung 😊 Liest sich so euphemistisch wie die Speisekarten unserer Großküche...

Beitrag von „Jule13“ vom 18. Juni 2017 16:36

Die Inklusion wird man nicht stoppen können. Das Recht auf einen inklusiven Schulplatz kann man nicht mehr rückgängig machen. Wie wird man das den betreffenden Eltern erklären wollen?

Ich vermute, es wird sich nichts ändern. Die Inklusion wird so auf Sparflamme weiterköcheln, und bei Beschwerden wird man darauf verweisen, dass da ja auch noch Förderschulen sind ...



Beitrag von „Lord Voldemort“ vom 19. Juni 2017 16:50

Zitat von Jule13

Die Inklusion wird man nicht stoppen können. Das Recht auf einen inklusiven Schulplatz kann man nicht mehr rückgängig machen. Wie wird man das den betreffenden Eltern erklären wollen?

Ich vermute, es wird sich nichts ändern. Die Inklusion wird so auf Sparflamme weiterköcheln, und bei Beschwerden wird man darauf verweisen, dass da ja auch noch Förderschulen sind ...



Was für ein Recht auf einen inklusiven Schulplatz?

Ich erhoffe mir, dass die Förderschulen endlich wieder die Regelschule für geistig behinderte Kinder werden.

Beitrag von „dzeneriffa“ vom 19. Juni 2017 17:09

Schulgesetz NRW Paragraph 19 Absatz 5. Auf den Rest deiner Provokation werde ich hier nicht eingehen...

Beitrag von „Lord Voldemort“ vom 19. Juni 2017 17:22

[Zitat von dzeneriffa](#)

Schulgesetz NRW Paragraph 19 Absatz 5. Auf den Rest deiner Provokation werde ich hier nicht eingehen...

"Auf Antrag der Eltern entscheidet die Schulaufsichtsbehörde über den Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung und die Förderschwerpunkte. Vorher holt sie ein sonderpädagogisches Gutachten sowie, sofern erforderlich, ein medizinisches Gutachten der unteren Gesundheitsbehörde ein und beteiligt die Eltern. Besteht ein Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung, schlägt sie den Eltern mit Zustimmung des Schulträgers mindestens eine allgemeine Schule vor, an der ein Angebot zum Gemeinsamen Lernen eingerichtet ist. § 20 Absätze 4 und 5 bleiben unberührt."

Das ist nicht per se das Recht auf einen inklusiven Schulplatz - Wenn es nämlich gar keine Schule gibt/gäbe, die entsprechende "Angebot(e) zum Gemeinsamen Lernen" eingerichtet haben, gäbe es keine Möglichkeit zur inklusiven Beschulung. Den Schulen müsste man lediglich plausible Methoden zur Verfügung stellen, glaubhaft nachzuweisen, dass sie diese "Angebote" nicht haben.

Natürlich ist Inklusion nicht per se schlecht, aber geistig behinderte Kinder zum Abitur zu schleifen, ohne dass sie jemals geistig in der Lage sein werden, den Stoff zu verstehen oder gar ein Studium zu schaffen, ist träumerischer Schwachsinn.

Man beachte auch:

"(4) In besonderen Ausnahmefällen kann die Schulaufsichtsbehörde abweichend von der Wahl der Eltern die allgemeine Schule anstelle der Förderschule oder die Förderschule anstelle der allgemeinen Schule als Förderort bestimmen. Dies setzt voraus, dass die personellen und sächlichen Voraussetzungen am gewählten Förderort nicht erfüllt sind und auch nicht mit vertretbarem Aufwand erfüllt werden können. Die Schulaufsichtsbehörde legt die Gründe dar und gibt den Eltern die Gelegenheit, sich zu der beabsichtigten Entscheidung zu äußern. Gleichzeitig informiert sie über weitere Beratungsangebote."

(5) Die Schulaufsichtsbehörde richtet Gemeinsames Lernen mit Zustimmung des Schulträgers an einer allgemeinen Schule ein, es sei denn, die Schule ist dafür personell und sächlich nicht ausgestattet und kann auch nicht mit vertretbarem Aufwand dafür ausgestattet werden."

Beitrag von „Jule13“ vom 19. Juni 2017 19:23

Zitat von Lord Voldemort

Natürlich ist Inklusion nicht per se schlecht, aber geistig behinderte Kinder zum Abitur zu schleifen, ohne dass sie jemals geistig in der Lage sein werden, den Stoff zu verstehen oder gar ein Studium zu schaffen, ist träumerischer Schwachsinn.

Du hast den Sinn und die Konzeption von Inklusion nicht verstanden. Aber erst mal ablehnen. Da wirst Du dem Klischee der Gymnasialkollegen voll gerecht.

Beitrag von „Lord Voldemort“ vom 19. Juni 2017 20:32

Zitat von Jule13

Du hast den Sinn und die Konzeption von Inklusion nicht verstanden. Aber erst mal ablehnen. Da wirst Du dem Klischee der Gymnasialkollegen voll gerecht.

Hatten wir schon Inklusionskinder mit geistiger Behinderung? Ja. Hatten wir Sorgen im Voraus? Ja. Haben sich die Sorgen bestätigt? Ja, größtenteils.

Wir hatten z.B mehrere Kinder mit Trisomie 21. Ja, da war eine Sonderpädagogin, die sich um die betroffenen Kinder kümmern sollte. Wie oft war die da? Einmal am Tag. Für eine Studne, maximal. Den Großteil der Zeit waren die "normalen" Fachkollegen damit beschäftigt, verzweifelt irgendwie den Inklusionskindern den Stoff beizubringen. Mit mäßigem Erfolg. Selbst bei stark reduziertem Niveau was das Inhaltliche betraf, war der Aufwand enorm und der Erfolg sehr gering.

Die Kollegen waren sich einig: Geistig behinderte Kinder sind auf einer Sonderschule deutlich besser aufgehoben. Nicht nur, weil die für eine erfolgreiche Inklusion finanziellen Mittel absolut nicht ausreichen. Sondern weil das Gymnasium auf ein Studium vorbereiten soll und das ist für den Großteil der geistig Behinderten (leider) ein völlig unrealistisches Ziel.

Mal ganz davon abgesehen: Glaubt ihr Inklusionsbefürworter eigentlich wirklich, dass die Politik jemals die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen wird? Das grenzt schon an arge Naivität. Die Politik wird diese finanziellen Ressourcen NICHT zur Verfügung stellen - Schon gar nicht mit Schuldenbremse. Und das ist in der ("gehobenen") Bevölkerung auch durchaus erwünscht so.

Beitrag von „Jule13“ vom 19. Juni 2017 21:03

Ich bezog meine Antwort schon konkret auf Deine von mir zitierte Aussage:

Natürlich "schleift" man nirgendwo "geistig behinderte Kinder zum Abitur". Das ist reine Polemik. Sie verlassen die allgemeinbildende Schule nach dem 10. Schuljahr, bisweilen schon nach dem 9., um dann in eine berufsbildende Maßnahme zu wechseln.

Ich gebe Dir Recht. Bei der derzeitigen personellen Ausstattung einer durchschnittlichen Schule ist die Inklusion von Kindern mit starken Beeinträchtigungen nicht vernünftig durchführbar. Nun ist es ein (sehr einfacher) Weg, zu sagen, dass es nicht geht, und es deshalb sein zu lassen. Ein anderer (wesentlich unbequemerer) ist es, dafür zu kämpfen, dass die Ausstattung kommt.

Beitrag von „Valerianus“ vom 19. Juni 2017 22:45

Der eigentlich interessante Punkt ist doch, dass der Artikel 24, der eigentlich dafür sorgen soll, dass Kinder mit Behinderungen nicht von primärer und sekundärer Bildung ausgeschlossen werden sollen (im Sinne von: ganz ausgeschlossen - keine Beschulung), in Deutschland immer so gedeutet wird als wäre eine Förderbeschulung verboten und das ist mitnichten so. Einen Anspruch auf Gymnasialbesuch aus der Behindertenrechtskonvention herleiten zu wollen ist dann endgültig grenzwertig: "Persons with disabilities can access an inclusive, quality and free primary education and secondary education on an **equal basis with others** in the communities in which they live"

Da unser Schulsystem nun einmal nach kognitiven Fähigkeiten selektiert, gilt dieses Kriterium demnach auch für Schüler mit Behinderungen, woraus dann sehr schnell folgt, dass die meisten körperlichen Gebrechen am Gymnasium inkludiert werden müssen (und im Normalfall auch recht einfach: können), während das für Kinder die diese Kriterien nicht erfüllen, überhaupt nie gefragt war.

Förderschulen bieten eine qualitativ hochwertige und kostenfreie Bildung an und es gibt keine (brauchbaren) Experimentalstudien, die zeigen dass inklusive Beschulung den Kindern

irgendetwas bringt. Die Studien die es gibt schauen sich einfach die Kinder mit Förderschwerpunkt im inklusiven und im exklusiven System an und erheben einmal die Daten, was methodisch Irrsinn ist (gibt es bereits vorher Unterschiede, werden Kinder mit besonderen anderen Eigenschaften eher exklusiv beschult, etc.). Was man bräuchte und worum sich Massen an empirischen Bildungsforschern wie Berserker balgen würden, wäre ein Experimentaldesign (ganz sauber geht das nicht, Elternwille und so) bei dem längsschnittlich geschaut wird, welches System welche Voraussetzungen und welche Wirkungen hat. Macht aber keiner...hat auch bei den Gesamtschulen nie einer gemacht. Hat dann bei PISA dazu geführt, dass die Gesamtschulen knapp vor den Hauptschulen und weit abgeschlagen hinter den Realschulen gelandet sind. Hat auch keinen interessiert...in NRW wurde dann die Hauptschule kaputtgemacht und die Realschule gleich mit beschädigt.

Beitrag von „Lord Voldemort“ vom 20. Juni 2017 12:52

[Zitat von Jule13](#)

Das ist reine Polemik. Sie verlassen die allgemeinbildende Schule nach dem 10. Schuljahr, bisweilen schon nach dem 9., um dann in eine berufsbildende Maßnahme zu wechseln.

Tja. Das sehen die Eltern aber anders. Die standen dann nämlich reihenweise (sic) bei der Schulleitung, um durchzudrücken, dass ihre ach so diskriminierten Schüler doch ein Recht auf das Abitur hätten - Diese Diskussion hat sich ewig gezogen und rechtlich ist das alles andere als abgesichert!

Ansonsten stimme ich Valerianus voll zu.

Beitrag von „Schantalle“ vom 20. Juni 2017 18:34

Ich sehe vor meinem inneren Auge einen User mit Trumpkonterfei das Internet nach Artikeln durchforsten...

@Lord, die Inklusionsdebatte wurde hier schon millionenfach geführt. Vielleicht greifst du dir einen anderen Punkt raus und trägst etwas weniger polemisch, dafür inhaltlich was bei? Als Konrektor hast du doch bestimmt aus dem Planungsleben einer Schulleitung was beizutragen.

Talentschulen z.B. klingt richtig böse. Anreizsysteme für Brennpunktschulen- wie konkret...?
Etc.pp.

Da gibt's bestimmt noch mehr Interessantes, worüber man aus obigen Worthülsen rein gar nichts erfährt.